



Generalversammlung

Verteilung Begrenzt
11. September 2024

Deutsch
Original: Englisch

Zehnte Notstandssondertagung



a) Welche Rechtsfolgen hat Israels anhaltende Verletzung des Rechts des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung?

beutung natürlicher Ressourcen, die Ausrufung Jerusalems zur Hauptstadt Israels, die umfassende Anwendung israelischen innerstaatlichen Rechts in Jerusalem und seine umfassende Anwendung im Westjordanland, die Kontrolle Israels über das besetzte palästinensische Gebiet, insbesondere über Jerusalem und Teile des Westjordanlands, verfestigen und auf unbegrenzte Zeit eingeführt wurden, um eine unumkehrbare Wirkung vor Ort zu erzielen, und einer Annexion weiter Teile des besetzten palästinensischen Gebietes Gerechtigkeit zu kommen,

c) der Versuch, die Souveränität über ein besetztes Gebiet zu erlangen, den Israel durch seine Politik und sein Vorgehen unternimmt, gegen das Verbot der Gewaltanwendung in den internationalen Beziehungen und den daraus abgeleiteten Grundsatz der Unzulässigkeit des gewaltsamen Gebietserwerbs verstößt und eine Verletzung der in der Charta der Vereinten Nationen und im Völkerrecht verankerten Verpflichtung zur Achtung der territorialen Unversehrtheit und Souveränität darstellt,

d) Israel als Besatzungsmacht eine Reihe von Gesetzen verabschiedet und Maßnahmen ergriffen hat, nach denen Palästinenserinnen und Palästinenser aus im Völkerrecht verbotenen Gründen anders behandelt werden und dass dTw 0.952 gh2tnoTd ()Tj 0.002 Tc 0.097 Twh Tc 0 it deei9 itm b da9 (e)4.Kskogewbot92v-20(843r4 (n)-4 (d)-z(hunge)5.1 (r)uBg de3(n)(n9 (s13.(w) (da)4.2 (9 (1.

daran erinnernd, dass die Vereinten Nationen eine dauernde Verantwortung für die Palästina-Frage tragen, bis diese unter allen Aspekten im Einklang mit dem Völkerrecht und den einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen gelöst ist,

in Bekräftigung ihres Bekenntnisses zur Verwirklichung des Rechts des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung, einschließlich seines Rechts auf einen unabhängigen und souveränen Staat, der im Einklang mit den einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats und der Generalversammlung Seite an Seite und in Frieden und Sicherheit mit Israel lebt,

überzeugt dass die Herbeiführung einer gerechten, dauerhaften und umfassenden Regelung der Palästina-Frage, des Kerns des arabisch-israelischen Konflikts, im Einklang mit dem Völkerrecht und den einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen eine zwingende Voraussetzung ist.

3. verlangt dass Israel unverzüglich allen seinen völkerrechtlichen Verpflichtungen nachkommt, darunter die vom Internationalen Gerichtshof bestimmten Verpflichtungen, indem es unter anderem

a) seine gesamten Streitkräfte aus dem besetzten palästinensischen Gebiet abzieht, einschließlich seines Luft- und Meeresraums;

b) seine rechtswidrige Politik und sein rechtswidriges Vorgehen beendet, darunter die unverzügliche Einstellung jeglicher neuer Siedlungstätigkeit, die Evakuierung aller Siedlerinnen und Siedler aus dem besetzten palästinensischen Gebiet und der Abriss der Teile der von Israel erbauten Mauer, die sich auf dem Gebiet befinden, und die Aufhebung

c) keine Hilfsmaßnahmen zur Aufrechterhaltung der Lage zu leisten, die durch Israels illegale Präsenz im Gebiet geschaffen wurde, so auch durch Maßnahmen, die eine Einführung von Produkten aus den israelischen Siedlungen und die Bereitstellung oder den Transfer von Rüstungsgütern, Munition sowie der entsprechenden Ausrüstung, die im Ge-

i) Anstrengungen zur Gewährleistung der Rechenschaft für alle Opfer unterstützen;

5. fordert die internationalen Organisationen, einschließlich der Vereinten Nationen, und die regionalen Organisationen, ~~die~~ die Lage, die durch Israels rechtswidrige Präsenz in dem besetzten palästinensischen Gebiet entstanden ist, nicht als rechtmäßig anzuerkennen, in ihren maßgeblichen Beziehungen zwischen Israel und dem besetzten palästinensischen Gebiet zu unterscheiden und die Maßnahmen Israels zur Ausbeutung der natürlichen Ressourcen des besetzten palästinensischen Gebiets oder zur ~~Änderung~~ ~~geografischen~~ Zusammensetzung oder des geografischen Charakters oder der institutionellen Struktur des Gebiets nicht anzuerkennen, auf keinerlei Weise zu unterstützen oder damit zu kooperieren;

6. fordert die Vereinten Nationen und ihre Organe und Organisationen ~~und~~ auf Feststellungen des Internationalen Gerichtshofs zu achten und im Einklang damit zu handeln, unter anderem im Hinblick auf alle einschlägigen Karten, Erklärungen und Berichte sowie in ihren jeweiligen Programmen und Maßnahmen;

7. missbilligt entschieden ~~er~~ dass Israel seine Verpflichtungen nach der Charta der Vereinten Nationen, dem Völkerrecht und den einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen weiterhin vollkommen missachtet und verletzt, und ~~bedauert~~ diese Verletzungen den Frieden und die Sicherheit auf regionaler und internationaler Ebene schwer gefährden;

8. erkennt an ~~an~~ dass Israel für alle in dem besetzten palästinensischen Gebiet begangenen Völkerrechtsverletzungen, einschließlich aller Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen, zur Rechenschaft gezogen werden muss und die rechtlichen Folgen aller seiner völkerrechtswidrigen Handlungen tragen muss, so auch durch Wiedergutmachung der durch diese Handlungen verursachten Schäden, einschließlich Sachschäden;

9. erkennt in dieser Hinsicht an, dass ein internationaler Mechanismus für die Wiedergutmachung aller ~~Sach~~ und Personenschäden eingerichtet werden muss, die aus den in dem besetzten palästinensischen Gebiet begangenen völkerrechtswidrigen Handlungen Israels entstanden sind, und ~~fordert~~ ~~er~~ dass die Mitgliedstaaten in Abstimmung mit den Vereinten Nationen und ihren zuständigen Organen ein internationales Schadensregister einrichten, mit dem Ziel, Beweismaterial und Informationen über Schadenersatzansprüche ~~Sach~~ ~~fü~~ und Personenschäden, die allen betroffenen natürlichen und juristischen Personen sowie dem palästinensischen Volk infolge der in dem besetzten palästinensischen Gebiet begangenen völkerrechtswidrigen Handlungen Israels entstanden sind, ~~dokumentarisch~~ ~~er~~ fassen sowie die Sammlung von Beweismaterial und Initiativen zugunsten der Leistung dieser Wiedergutmachung durch Israel zu unterstützen und zu koordinieren;

10. unterstreicht die Notwendigkeit, die Verantwortlichen für die schwersten völ-

lich Ost-